Unter Kontrolle der Massen 306

Die Lehren der Betriebsrätewahl in der AEG Brunnenstraße

Die Betriebszelle der AEG Brunnenstraße nahm zu den Lehren der Betriebsrätewahl Stellung und beschloß nachfolgende Resolution. Da die Lehren dieser Betriebsrätewahl von Bedeutung sind für die Vorbereitung der Wahlen in den anderen Betrieben, ist es notwendig, daß die Zellen der anderen Betriebe die Nutzanwendung aus den Lehren in der AEG Brunnenstraße ziehen, damit bestimmte Fehler nicht wiederholt werden.

Das Ergebnis der Betriebsrätewahl bei der AEG Brunnenstraße ist angesichts des großen Terrors der Direktion (Entlassung der gesamten Zelle, sämtlicher revolutionärer Vertrauensleute und anderer aktiver revolutionärer Arbeiter und Arbeiterinnen nach dem Metallarbeiterkampf und der Maßregelungen der Betriebsratskandidaten) ein Erfolg. Trotz des Rückganges der Belegschaft seit dem Jahre 1930 um 2500 hat die rote Liste die Mehrheit auf sich vereinigt und behauptet.

Die agitatorischen Vorbereitungen der Wahl geschahen durch die Mobilisierung der Belegschaft für die betrieblichen und politischen Forderungen, durch die regelmäßige Herausgabe der Betriebszeitung, durch Massenverbreitung von Flugblättern (fünf Flugblätter) und die Tätigkeit des roten Wahlausschusses.

Die Mobilisierung der Belegschaft für Wahl der roten Liste ist vor allem ein Erfolg der Bearbeitung des Betriebes von außen durch die Straßenzellen, durch die Stoßbrigaden des Instrukteurgebiets. Mehr als hundert rote Wahlhelfer haben an der Arbeit teilgenommen.

Obwohl das Wahlresultat ein Erfolg ist, stellt die Zelle fest, daß das Ergebnis der Betriebsratswahl nach den objektiven Verhältnissen (Wirtschaftskrise, Unternehmeroffensive, Lohnabbau, Kurzarbeit, reformistischer Verrat) nicht befriedigen kann.

Bei einer genauen Untersuchung des Stimmenverhältnisses vom Jahre 1930 und 1931 zeigt sich, daß unser Stimmenverlust 7 Prozent beträgt, während der der Reformisten nur 2,4 Prozent beträgt. Die Zelle stellt fest:

1. Es ist nicht gelungen, wesentlichen Einbruch ins Lager der Reformisten zu machen und größere Massen von den Reformisten loszulösen.

2. Das Stimmenergebnis der Nazis ist ein Ergebnis des reformistischen Verrats an der Belegschaft. Die Nazis gewannen in den Abteilungen, wo die Reformisten Einfluß haben und wo unsere Arbeit ungenügend war.

Als Ursache des nicht ganz befriedigenden Ergebnisses stellt die Zelle folgendes fest:

1. Obwohl die Massenentlassungen roter Betriebsräte, revolutionärer Funktionäre und der Mitglieder der Betriebszellen zu einer vorübergehenden organisatorischen Schwächung der Arbeit im Betrieb geführt haben, kann damit doch nicht die Tatsache begründet werden, daß der Einbruch in die sozialdemokratische Front nicht gelungen ist, denn inzwischen wurden **einige hundert Mitglieder für den Einheitsverband gewonnen.** Die Hauptursache des unbefriedigenden Wahlergebnisses ist das Versagen der Arbeit im Betrieb, d. h. die Mitglieder des Einheitsverbandes im Betriebe haben zum größten Teil ihre Pflicht als Mitglieder einer revolutionären Gewerkschaft nicht erfüllt. Die Aktivität und politische Erziehung der Anhänger der RGO und der Mitglieder des Einheitsverbandes ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben.

2. Zur Ausarbeitung des Kampfprogramms wurde nicht eine große Zahl von Arbeitern, Arbeiterinnen und Jungarbeitern für die **betrieblichen Forderungen herangezogen.** Die Jugendzelle hat dabei versagt. Bei Aufstellung der betrieblichen Forderungen wurden die Arbeiterforderungen nicht mit den Angestelltenforderungen verknüpft. Spezielle Angestelltenforderungen wurden überhaupt nicht aufgestellt.

3. Die ungenügende Vorbereitung der Wahl im Betrieb selbst hat eine wesentliche Ursache in der **mangelhaften Bearbeitung der einzelnen Abteilungen.** Die Schaffung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute für die Blocks und Abteilungen und der Aufbau des Einheitsverbandes im Betrieb auf der Grundlage von Blocks- und Abteilungssektionen hatte noch nicht begonnen.

4. Gänzliches Fehlen des **roten Vertrauensleutekörpers.**

5. Der Kampf gegen den Opportunismus der Industrieverbändler wurde ungenügend geführt. Angesichts der Stellungnahme der Kaiser und Co. gegen die Rote Gewerkschaftsinternationale und gegen die RGO wäre es notwendig gewesen, von den Anhängern des Industrieverbandes **eine klare Stellungnahme für die RGI und für die RGO zu verlangen.** Nur unter dieser Bedingung konnten die Arbeiter des Industrieverbandes auf der Einheitsliste kandidieren.

6. Obwohl in der Kampagne vor der Wahl die „Rote Einheitsliste" propagiert wurde, ist die Liste unter der Bezeichnung „Einheitsverband-Industrieverband" eingereicht worden. **Diese Listenbezeichnung war ein politischer Fehler. Sie brachte Verwirrung und Unklarheit in einen Teil der Belegschaft.**

Aus den Fehlern und Mängeln der Betriebsratswahl zieht die Zelle folgende Schlußfolgerungen:

1. Neuwahl der Zellenleitung.

2. Planmäßige Werbung neuer Parteimitglieder aus den Reihen des Einheitsverbandes und der RGO.

3. Weiteren Aufbau des Einheitsverbandes und der RGO. Planmäßige Schulung der Mitglieder der Partei, des Einheitsverbandes und der RGO. Aufbau des revolutionären Vertrauensleutekörpers.

4. Kampf gegen den Opportunismus der Industrieverbändler, verstärkte Fraktionsarbeit in den Industrieverbänden zur Gewinnung der Industrieverbändler für den Einheitsverband.

5. Verschärfter Kampf gegen die Nazizelle. Organisierung von Abteilungsversammlungen mit dem Thema: **„Die gemeinsamen Aufgaben der Arbeiter im Kampf gegen den Faschismus, Wahl von Delegierten zum antifaschistischen Kampfkongreß und Aufbau der Betriebswehr".**

6. Planmäßige Agitation unter den Angestellten und Aufbau einer RGO-Gruppe bei den Angestellten.

7. Organisierung der Parteizelle auf Block- und Abteilungszellen.

RGO

Bezirkskomitee Dresden-Altstadt, Rosenstraße 100 Telefon: 13 879 / Postscheckkonto Herb. Wehner, Amt Dresden Nr. 23 344

Achtung, Industriegruppe Maler!
Freitag den 6. Februar, 20 Uhr, in der Bayr. Krone, Neumarkt, Versammlung.

RGO-Metallarbeiter!
Freitag, den 6. Februar, 19,30 Uhr, im Restaurant Müller, Schäferstraße:
Mitgliederversammlung
der RGO-Metallarbeiter. Kein Genosse darf fehlen. Mitgliedsbuch der RGO legitimiert.

Betriebsstaffeln gegen den Faschismus!

Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Georg Strasser, hat einen Sturmbefehl an alle Gruppen der Nationalsozialistischen Partei erlassen, den Kampf um die Eroberung der Betriebe mit größter Aktivität aufzunehmen. Man bezeichnet in dem Befehl die Betriebe als die Bollwerke des Marxismus, die für die faschistische Bewegung erobert werden müßten. Um das Ziel raschestens zu erreichen, hat man eine zentrale Stelle eingerichtet, die Material herausbringen soll und die Betriebe, wo Nazis sind, mit Referenten versorgt. Leiter dieser **Reichs-Betriebszellen-Abteilung,** die die politische und organisatorische Spitze der ins Leben gerufenen **Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation** (NSBO) bildet, sind zwei Abgeordnete der NSDAP. Die NSBO hat bereits Material versandt, das sich vor allem mit der Betriebsrätewahl beschäftigt. In allen Betrieben, wo mehrere Nazis beisammen sind, muß eine eigene Liste aufgestellt werden. Auch sollen die Nazis versuchen, dort wo sie schwach und Mitglieder der Gewerkschaften sind, auf Gewerkschaftslisten zu kandidieren.

Die Betriebsrätewahlen, die in einzelnen Großbetrieben in Berlin und Hamburg in den letzten Wochen stattgefunden haben, zeigten, daß die Nazis zur Aufstellung eigener Listen übergingen und auch in der Lage waren, Arbeiter für ihre Liste zu gewinnen. Das wird besonders dort der Fall sein, wo die RGO-Genossen nicht mit der notwendigen Aktivität den Kampf gegen die reformistischen Verräter und gegen die braunen Mordbuben im Betrieb führen. Unter keinen Umständen dürfen die Nazileute Fuß in den Betrieben fassen. **Die Betriebe müssen Burgen des revolutionären Kampfes sein und bleiben.** Soll aber dies der Fall sein, dann muß in den Betrieben ein ernster Kampf gegen die Verteidiger der faschistischen Idee geführt werden und müssen die Arbeiter für die Front des revolutionären Klassenkampfes gewonnen werden. In den Betriebszellen der KPD und in den Betriebsgruppen der RGO muß sofort ein Genosse bestimmt werden, der sich besonders mit der Frage des Kampfes gegen die Faschisten im Betrieb befaßt. Kein Betrieb darf jetzt mehr vorhanden sein, in dem nicht eine Betriebsstaffel des Kampfbundes gegen den Faschismus vorhanden ist. Stellt den faschistischen Banden die geschlossene Front der Arbeiter gegenüber. Sorgt dafür, daß es keinen Betrieb gibt, der bei der Betriebsrätewahl eine faschistische Liste hat. Die Betriebsrätewahlen des Jahres 1931 müssen Kampfswahlen gegen die verräterische, den Lohnraub billigende reformistische Bürokratie und gegen den Faschismus sein. **Bildet sofort einen revolutionären Wahlausschuß. Bereitet alles zur Betriebsrätewahl vor. Die Parole sei:**

In jedem Betrieb eine Liste der RGO!

Jeder Betrieb eine Burg des revolutionären Kampfes!

Wie man bei B. & B. rationalisiert

Herr Betriebsratsvorsitzender Panno, was sagen Sie dazu?

(Arbeiterkorrespondenz)

„Nette" Zustände herrschen bei der Firma Villeroy u. Boch, seitdem der Betrieb wieder eröffnet ist. Es befindet sich bei der Firma ein Betriebsleiter, er soll aus Bonn und nach hier versetzt worden sein und spielt sich auf als kleiner Mussolini. Er schikaniert die Leute nach allen Regeln der Kunst. Jetzt spielte sich ein ganz besonderer Fall in der Abteilung Mühle ab. Kürzlich wurde ein Kollege eingestellt, mit dem sie glaubten ein Experiment machen zu können. Er hatte kaum angefangen, so glaubten der Meister und der neue Betriebsleiter, diesem Arbeiter die neuen Rationalisierungsmethoden besonders beizubringen. Im Massekeller, wo mit die schwerste Arbeit des ganzen Betriebes ist, sollen jetzt zwei Kollegen die Arbeit schaffen, die vorher von drei Kollegen verrichtet wurde. **Der bisherige Stundenlohn von 75 Pfennig soll ab 1. Februar nur noch 70½ Pfennig betragen.** Vor der Stillegung betrug der Akkordduchschnittslohn im Massekeller für die sechs Mann, die beschäftigt gewesen sind, 1,15 bis 1,20 Mark pro Stunde. Sehen wir uns einmal die Spannen von früher und jetzt an! Jeder einzelne Kollege wird dann begreifen können, warum die Firma Villeroy u. Boch den Betrieb vorübergehend stillgelegt hatte. Das Rauchen ist in sämtlichen Räumen verboten. Auf Grund der neuen Arbeitsordnung kann der Arbeiter sofort entlassen werden, wenn er mit dem Meister oder dem neuen Betriebsleiter in Differenzen kommt. Wir fragen die übrigen Kollegen: Wie stellt ihr euch zu diesen Hetzmethoden?

Mancher Kollege, der sich nach dem Betrieb B. u. B. zurücksehnt, wird, wenn er dieses Schreiben liest, seine Sehnsucht zurückstellen. Als die RGO diese Entwicklung im Betrieb B. u. B. vorauswagte, da hetzten die Pannos und erklärten, daß alles nicht wahr sei von wegen Lohnraub und verschärfter Rationalisierung. Heute spürt es jeder an seinem eigenen Körper. Kollegen von B. u. B.! Zum Zwecke des Lohnraubes und des Herausschmisses der RGO-Arbeiter legte man mit Zustimmung den Betrieb vorläufig still. Die Direktion hat ihr Ziel erreicht mit Hilfe ihres Kettenhundes Panno. Wollt ihr diese Ausbeutung und diesen Lohnraub dulden? Nein! **Schließt euch darum, trotz aller Drohungen Pannos, der RGO an! Bildet eine RGO-Betriebsgruppe und führt den Kampf gegen die Lohnräuber, für bessere Arbeitsverhältnisse!** (AK 260)

„Sie sind ja blöde!"

erklärt Meister Göppert vom Greilingwerk

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Meister Göppert von der Zigarettenfabrik legt in letzter Zeit wieder ein Verhalten den Arbeitern gegenüber an den Tag, das zum schärfsten Protest herausfordert. Am 28. Januar trat er an eine Kollegin um Auskunft in einer Angelegenheit heran, die er auch in anständiger Weise erhielt. Doch Anstand ist für ihn etwas Fremdes und er brüllte die Kollegin an: **„Sie sind ja blöde, Sie sind ja nicht mehr ganz normal."** Dieser Göppert sollte schon einmal entlassen werden, doch durch den Einspruch seiner SPD-Freunde wurde die Kündigung zurückgezogen. Die fortwährenden Beschwerden der Kolleginnen über Göppert erfordern, daß sich der Betriebsrat endlich mit dieser Sache einmal befaßt. Was sagt die Greilingdirektion zu einem solchen Meister, der dauernd die Kolleginnen beleidigt und in einem Sauherdenton mit ihnen umspringt? Den Kolleginnen aber sagen wir, wenn Göppert wieder einmal glaubt, so wie oben geschildert, mit euch umspringen zu können, dann nehmt sofort Stellung in einer Abteilungsversammlung und fordert die sofortige Beseitigung dieses Elements. Darüber müßt ihr euch aber ebenfalls klar sein, daß die Reformisten und die Direktion nichts unternehmen werden gegen Leute wie Göppert, sondern daß nur euer selbständiges Handeln euch Erfolg verschafft. Schließt auch ihr, Greilingproleten, euch der RGO an und führt mit den revolutionären Zigarettenarbeitern und -arbeiterinnen der anderen Betriebe gemeinsam den Kampf für eine menschenwürdige Behandlung im Betrieb. (AK 305)

25 Prozent unter Existenzminimum

Die „Finanzpolitische Korrespondenz", die von dem bekannten Oekonomen Dr. Robert Kuczynski herausgegeben wird, veröffentlicht in ihrer neusten Nummer vom 28. Januar erschütterndes Zahlenmaterial über das fortgesetzte Sinken des Arbeitslohnes im Dezember 1930. Die Korrespondenz weist nach, daß gegenüber 14,25 Mark wöchentlichem Lohnverlust, durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit im November,

der Lohnverlust im Dezember für die Industriearbeiter durchschnittlich 17 Mark, also annähernd zwei Fünftel des Wochenlohnes, beträgt.

Dazu kommen noch die Lohnverluste durch den Abbau übertariflicher Zahlungen usw. Im Dezember 1930 hat der deutsche Arbeiter 18 Prozent weniger verdient als im Dezember 1929. Vom November bis Dezember ist der Reallohn des Arbeiters um über 6 Prozent gesunken.

Ein Arbeiter mit Frau und drei Kindern hat im vergangenen Monat durchschnittlich 25 Prozent weniger verdient als selbst das amtliche Existenzminimum beträgt.

Lohnraub für die nordbayrische Textilindustrie

Die Schlichterkammer Nordbayerns fällte mit den Stimmen der Gewerkschaftsvertreter einen Schiedsspruch, der einen Lohnraub von 2 Prozent für die Zeitlohnarbeiter und von 4 Prozent für die Akkordarbeiter vorsieht. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt und durch Anschlag bekannt gegeben, daß ab Februar ein 14prozentiger Lohnabbau eintritt und alle die, die sich damit nicht einverstanden erklären als gekündigt zu betrachten sind.

Dieser Schiedsspruch bestätigt wieder, daß die Textilarbeiterbürokratie mit dem Lohnraub einverstanden ist und ihn selbst mit bestimmt. Textilarbeiter, merkt euch dies! Schafft in allen Betrieben RGO-Gruppen! Wählt vorbereitende Kampfausschüsse, denn auch den sächsischen Textilproleten wird man einen Lohnraub diktieren!

Verbandsbürokratie stimmt Lohnraub für die Behördenangestellten zu

Die Vertragsparteien des Angestelltenlohntarifvertrages für die sächsischen Behördenangestellten haben eine Vereinbarung getroffen, daß ab 1. Februar 1931 ein Gehaltsabbau von 5 bis 6 Prozent eintritt. Trotz dieser Tatsache aber werden die reformistischen Lohn- und Gehaltsräuber weiter behaupten, daß sie den „Kampf" gegen den Gehaltsraub führen. Angestellte, erkennt an diesem Verrat, daß ihr den Lohnräubern nicht mehr länger Gefolgschaft leisten dürft. Schließt euch mit den Gemeindearbeitern zusammen zum Kampf gegen den Lohn- und Gehaltsraub unter der Führung der RGO!

Ausschlüsse aus dem Konsumverein Vorwärts, Dresden

Der Genosse Rudolf Große, Dresden-A., wurde aus dem Konsumverein „Vorwärts" unter dem 21. Januar unter folgender Begründung ausgeschlossen:

„In einer Versammlung der sogenannten oppositionellen Genossenschaftler am 20. 11. 1930, 20 Uhr im „Keglerheim" mit dem Thema: „Was geht in Halle und Merseburg vor?", haben Sie es als Versammlungsleiter zugelassen und geduldet, daß der Vortragende, Geschäftsführer Härtel (Halle), den Anwesenden u. a. mitteilte, der Zweck der heutigen Versammlung sei, die Mitglieder des reformistischen Konsumvereins „Vorwärts", Dresden, aufzufordern, auch hier ihre Spargelder den Reformisten zu entziehen und diese nach Halle zu überweisen.

Konsumverein Vorwärts
gez. Neumühner, gez. Petzl."

Dieser Ausschluß muß den Widerstand aller Genossenschafter finden. Weil der Genosse Große in einer von der revolutionären Genossenschaftsopposition einberufenen öffentlichen Versammlung zuließ, daß der Referent, der Genosse Härtel (Halle), das schändliche Treiben der reformistischen und sozialdemokratischen Bürokratie in Halle schilderte, wird er jetzt ausgeschlossen. Genossenschafter, fordert die sofortige Zurücknahme des Ausschlusses in allen Versammlungen und Verteilungsstellen!

Verantwortlich für Dresden, Ostsachsen und Westsachsen: Otto Gäbel, Dresden; für Sport: Albert Zwicker, Dresden; für Politik, Gewerkschaft, Vollzugs und den übrigen Inhalt: Erich Schneller, MdR., Berlin; für Inserate: Wilhelm Schnaubl, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden, Güterbahnhofstraße 7

Zahn-Praxis Mewald

10 Jahre Garantie auf Zahnersatz!

Künstliche Zähne exkl. Platte 3 Mk.
Plomben 2-5 Mk. Goldplomben 10 Mk. an
Zahnziehen in örtlicher Betäubung 2 Mk.
Eilige Reparaturen in 2 Stunden

Ammonstr. 4 am Hauptbahnhof
Sprechzeit 8–7, Sonntags 9–12 Tel. 29 523
Vorzeiger dieses Inserates bei Barzahlung 10% Rab.